

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitseite 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schlüß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Großmut.

Es gibt keine Ewiglichkeit, keine beständtere Eigenschaft als die Großmut. Schon das Wort hat einen Holzen und zugleich anziehenden Klang.

Ein großmütiger Mensch! Dabei fallen uns Blüte dieser Eile und matelloser Treue ein, und wir fühlen uns in unserem Menschheitsbewußtsein gehoben. Der Großmütige sieht es, zu schenken, zu erfreuen und zu beglücken — er gibt und gibt und denkt nicht an Zurückgabe, er vergibt seine Guttat, sobald sie geschah, und kann ohne Dankbarkeit des Menschen leben.

Er kann Beleidigungen nicht nur verachten, sondern auch vergessen. Er rächt sich nur, indem er dem Feinde Gutes tut. Er weiß genau, daß und niemand an die Ehre greifen kann, horngesetzt, daß wir selber unsere Ehre nicht schädigen. Er weiß auch, daß die Menschen voll Schwachheiten sind, und sieht jährend darüber hin. Ein wirklich großmütiger Mensch steht auf einer sehr hohen Warte der Gesinnung.

M. Sauer

Unsere Jahresabrechnung für 1908.

In dieser Nummer bringen wir die Abrechnung des Verbandes für das Jahr 1908. Eine frühere Veröffentlichung war leider nicht möglich, weil eine Unzahl Zahlstellen immer noch 8 und mehr Wochen zur Fertigstellung der Abrechnung brauchen. Eine schnellere Abrechnung mit der Hauptkasse muß also auch von den Zahlstellen verlangt werden, die bis jetzt fast regelmäßig die letzten waren.

Die Einwirkung der Krise auf das gewerkschaftliche Leben spiegelt sich auch in den Endzahlen der Abrechnung wieder, besonders in der kolossalen Steigerung der gezahlten Arbeitslosenunterstützung, dann aber auch in dem Sinken der Mitgliederzahlen und damit der gezahlten Beitragssumme. Wenn trotzdem das Endresultat in finanzieller Beziehung immer noch ein zufriedenstellendes ist, so verdanken wir dieses nur der vernünftigen Finanzwirtschaft in unserem Verbande, was der Gemeinheit unserer Mitglieder zweifellos mehr zu statten kommt, als einige Markt mehr gezahlte Unterstützung. Das Vermögen des Verbandes ist von 585 352,52 Ml. auf 712 610,11 Ml. gestiegen und zwar bei der Hauptkasse von 534 028 Ml. auf 660 313 Ml., während die Bestände in den Vokalkassen sich um 287,26 Ml. verringert haben. Die Ueineinnahme des Verbandes beträgt 674 374,87 Ml. gegen 668 550,19 Ml. im Jahre 1907. Die Ausgaben betragen 646 661,49 Ml. gegen 418 374,54 Ml. im Vorjahr. Es steht also einer Mehreinnahme von 5824,68 Ml. eine Mehrausgabe von 128 286,95 Ml. gegenüber.

Die Zahl der Neuauflnahmen beträgt 8342 gegen 12 998 im Jahre 1907 und ist somit um 5656 niedriger wie im Jahre vorher. Dieser große Rückgang in der Zahl der Neuauflnahmen hat einerseits wohl seinen Grund in der schlechten Konjunktur und ist auch in allen übrigen Gewerkschaften zu verzeichnen. Andererseits muß doch gesagt werden, daß in vielen Zahlstellen die Kollegen es an der notwendigen Agitation haben lassen. Die hereinbrechende Krise zeigte doch den Arbeitern erst recht die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation, durch die es möglich war, manche Verschlechterung im Arbeitsverhältnis abzuwehren und durch die Unterstützungseinrichtungen den von Arbeitslosigkeit und Krankheit betroffenen einen Rückschlag bot. Aus diesen Gesichtspunkten heraus hätte während der Krise gerade eine intensive Agitation entfaltet werden müssen, anstatt sich von der Panik und Furcht beherrschen zu lassen, wie es vielerorts der Fall war.

Wenn manche mittlere und größere Zahlstellen während des ganzen Jahres nur 2—3 Aufnahmen zu verzeichnen haben, so muß gesagt werden, daß dort die Kollegen ihre Schuldigkeit in der Agitation nicht getan haben. Es muß überall möglich sein, während eines Jahres eine Reihe Aufnahmen zu machen, sei es durch eine gründliche Hausagitation, durch die regelmäßige Agitation der Kollegen, durch Versammlungen usw., wenn nur mit dem notwendigen Eifer und Geschick gearbeitet wird. Seinet-

besteht an vielen Stellen die Ansicht, daß nur die freigestellten Beamten für die Agitation da wären und Zahlstellen mit einigen hundert Mitgliedern glauben ohne freigestellten Beamten nicht mehr auskommen zu können. Der Rückgang der Neuauflnahmen im vorigen Jahre beweist, daß eine Vermehrung der Agitationsbeamten allein nicht die Mitglieder bringt, sondern die eifrige, unverdrossene Agitationsarbeit der Kollegen im Arbeitsverhältnis bringt den Erfolg. Im Jahre 1906 hatten wir 21 340 Neuauflnahmen zu verzeichnen, trotzdem die Zahl der Beamten eine geringere war wie heute. Ein Beweis, daß in der Agitation und der Gewinnung neuer Mitglieder auch ohne Beamten tüchtiges geleistet werden kann, wenn nur der gute Wille und der Eifer dazu in den einzelnen Zahlstellen vorhanden ist.

Höchstens lernen unsere Kollegen überall daraus und nützen das laufende Jahr überall zu einer eifrigen Agitation aus, damit der Rückgang in den Mitgliederzahlen, den das vorige Jahr uns infolge der geringen Werbetätigkeit gebracht hat, wieder wettgemacht wird.

Die Gesamtsumme der gezahlten Beiträge ist ebenfalls um rund 20 000 Ml. niedriger, trotzdem für das 4. Quartal schon der 60 Pf.-Beitrag bezahlt wurde und eine Anzahl der Kollegen der 90 Pf.-Klasse beigetreten sind. Ohne die Beitragserhöhung würde die Differenz in der Beitragssumme gegen das Vorjahr im ganzen rund 40 000 Ml. betragen. Die Kollegen können bei einem Vergleich mit den gezahlten Unterstützungen auch aus dieser Tatsache die Notwendigkeit der Beitragserhöhung erkennen.

Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Kopf und Jahr muß auch in diesem Jahr als eine ungünstige bezeichnet werden. Sie ist im Jahre 1908 auf knapp 40 Beiträge pro Mitglied und Jahr zurückgegangen. Dieser mangelhaften Beitragsleistung kann nur durch regeren Eifer der Vertrauensmänner bei der Einkassierung der Beiträge abgeholfen werden. Jedes Vierteljahr bei der Abrechnung muß mit den faulen Zahlern, die 10—13 Wochen rückständig sind, aufgeräumt werden. Entweder sie zahlen die Beiträge nach, oder werben in der Mitgliederliste gestrichen. In manchen Zahlstellen kommt es auch noch vor, daß die Kollegen, welche Unterstützung beziehen, keine Beiträge während der Dauer der Unterstützung bezahlen. Das ist eine direkte Schädigung des Verbandes und trägt mit dazu bei, die Beitragsquote herabzudrücken.

Einen Wochenbeitrag von 90 Pf. haben im vierten Quartal schon freiwillig 745 Mitglieder bezahlt. Das ist für den Anfang ein zufriedenstellendes Resultat. Alle Kollegen, besonders die jüngeren, die noch keiner Krankengeld-Zuschußkasse angehören, sollten sich der 90 Pf.-Klasse anschließen und sich damit eine Erwerbslosenunterstützung vom 3. Tage ab auf die Dauer von 26 Wochen sichern, ebenso den Bezug der höheren anderen Unterstützungen.

Die Delegiertenbeiträge sollen zur Besteitung der Kosten der Generalversammlung und Bezirkskonferenzen dienen; auch die Mehrkosten der Generalversammlungsprotokolle, die ja weit unter dem Herstellungspreis an die Mitglieder abgegeben werden, sollen damit bestritten werden. Auf die pünktliche Bezahlung der Delegiertenbeiträge wird leider in manchen Zahlstellen fast gar kein Gewicht gelegt, sonst müßten die Einnahmen für Delegiertenbeiträge um 4000 Ml. höher sein, als wie sie tatsächlich sind. Wir erwarten, daß von jetzt ab überall auf eine pünktliche Bezahlung der Beiträge geachtet wird.

Die Extrabeiträge für die Vokalkasse sind mit 97 193,77 Ml. um 18 228 Ml. höher als im Jahre 1907. Dies erklärt sich daraus, daß eine Reihe von Zahlstellen die Beitragserhöhung schon vor dem Generalversammlungsbeschluss vorgenommen hatten und bis zum 1. Oktober die höheren Beiträge für die Vokalkasse berechneten. Mit Inkrafttreten des 60 Pf.-Beitrages sind die Einnahmen für die Vokalsbeiträge sofort von 27 878,75 Ml. im 2. Quartal auf 17 745,40 Ml. im 4. Quartal heruntergegangen. Verschiedene Zahlstellen haben also mit der Erhöhung des Beitragsbeitrages nicht auch den Vokalsbeitrag herauf-

ten. Wo bis jetzt kein Vokalsbeitrag erhoben wird, muß die Einführung eines solchen im Laufe des Jahres erwartet werden.

Die sonstigen Einnahmen in den Zahlstellen sehen sich hauptsächlich aus Beiträgen für bezogene Schriften zusammen.

In den Ausgaben weisen sämtliche Unterstützungsarten mit Ausnahme der Streikunterstützung gegen das Vorjahr bedeutende Steigerungen auf, am meisten die Erwerbslosenunterstützung, für die allein 172 703,76 Ml. im Jahre 1908 verausgabt worden sind, gegen 78 229,58 Ml. im Jahre 1907. Das ist eine Steigerung um 94 474,18 Mrl. Die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung haben sich also mehr als verdoppelt. Folgende Nebenüberstellung der gezahlten Unterstützungen in den letzten drei Jahren zeigt am allerbesten die Steigerung der einzelnen Summen:

	1906	1907	1908			
	M	S	M	S	M	S
Reiseunterstützung	2208	—	2975	90	6284	80
Umrügsunterstützung	—	—	2988	—	3844	70
Erwerbslosenunterstützung	6757	90	7001	58	5250	08
bei Arbeitslosigkeit	6757	90	7001	58	5250	08
bei Krankheit	16376	61	5931	276	2950	63
Streikunterstützung	16376	61	5931	276	2950	63
Unterstützung bei Maßregelung	4405	17	8649	75	8794	48
bei Sterbefällen	1060	—	1900	—	2855	—
Rechtschutz	2429	19	2678	47	2500	18
Besondere Unterstüzung	232	—	840	—	528	—
Summa	122668	21	156900	45	22020	—

Die Steigerung würde eine noch größere sein, wenn die Streikausgaben, die sich vorher niemals berechnen lassen, in den beiden letzten Jahren ebenso hoch gewesen wären, wie 1906. Die vorgenommene Beitragserhöhung war deshalb eine Notwendigkeit, wenn der Verband seine Operationsfähigkeit gegenüber den Arbeitgebern nicht schwächen wollte und auch die übernommenen Unterstützungsansprüche der Mitglieder nicht schmälern wollte.

Die Ausgaben in den Ortsgruppen sind der größte Ausgabeposten in der Abrechnung. Darin sind die Ausgaben der Ortsgruppen zur Besteitung der Agitation, Verwaltung und sonstiger lokaler Bedürfnisse sowie Beiträge der Ortsgruppen an die Zentrale enthalten. Aber auch die aus lokalen Mitteln gewährten Unterstützungen und Zuflüsse zu den lokalen Unterstützungen sind darin enthalten, die insgesamt auch noch Laien von Markt ausmachen. Manche Ortsgruppen sind in der Gewährung von Unterstützungen aus lokalen Mitteln sicher weit über das zu lässige Maß hinausgegangen. Die leeren Vokalkassen in manchen Ortsgruppen werden das den in Frage kommenden Kollegen schon deutlich bewiesen und sie zur Ernüchterung gebracht haben. Mit fünf oder zehn Pfennig Extrabeitrag kann man eben nicht alle möglichen Unterstützungen gewähren. Eine besondere Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben in den Ortsgruppen soll später erfolgen. Unsere Kollegen können vielleicht daraus auch noch manches lernen.

So unterbreiten wir denn die diesjährige Abrechnung unsern Mitgliedern zum eifrigen Studium. Ein Vergleich der eigenen Zahlstelle mit den anderen wird allen Kollegen, besonders aber den Vorstandsmitgliedern, zeigen, wo zum Besten der Zahlstelle der Hebel angelegt werden muß.

Die Gesamtabrechnung zeigt jedenfalls das eine, daß das Kriegenjahr 1908 die Finanzkraft unseres Verbandes nicht geschwächt hat, trotz der hohen Unterstützungsansprüche, die an ihn gestellt wurden. Das danken wir der vernünftigen Finanzwirtschaft in unserem Verbande, aber auch dem Opfersinn und der Einsicht unserer Mitglieder. Der christliche Metallarbeiterverband zählt auch heute noch verhältnismäßig zu den finanziell stärksten Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands und bildet so ein starkes Bollwerk für seine Mitglieder im wichtigsten Raum. Wieviel Vermögen möge die Mitglieder überall zu eifriger Werbearbeit anstreben zur weiteren Ausbreitung des Verbandes. Der Erfolg wird sich dann in der Abrechnung für das Jahr 1909 zeigen.

Sozialdemokratische Wahlkampf um Pranger.

Im „Bergknappen“ Nr. 16 wird ein raffinierter Wahlkampf der Sozialdemokraten enttarnt, der in seiner raffinierten Unehrlichkeit seines gleichen sucht und den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband vor aller Offenheit hinstellt. Bei den Knappenschaftswahlen im September 1904 wurde kurz vor der Wahl folgendes verleumderische Flugblatt verbreitet:

Nichtung! Gewerbevereinsmitglieder! Achung! Der Vorsitzende unseres Gewerbevereins, August Brust, hat von den Grubenbesitzern am Dienstag den 6. d. Ms. zur Belohnung für Milieuhaltung bei Bekämpfung der oppositionellen Westen sowie des alten Bergarbeiterverbandes 30 000 Mark zur persönlichen Verfügung erhalten.

Wir Mitglieder des Gewerbevereins protestieren ganz entschieden gegen diesen Arbeiterverrat unseres Vorsitzenden Brust und bitten selbstigen, sein Amt sofort niederzulegen, um unseren Gewerbeverein vor dem Untergange zu retten. Unser Gewerbeverein ist doch nicht dazu da, den Grubenbesitzern beizustehen und Brust zu einem reichen Manne zu machen. Brust hat uns arme Mitglieder für 30 000 Mark verraten, ist zum Judas zum Verkäufer unseres Gewerbevereins geworden.

Ein Vorstandsmitglied des christl. Gewerbevereins.

Diesem Flugblatt fehlte jede persönliche Unterschrift und auch die Angabe des Druckes. Es wurde den Vertrauensleuten des alten sozialdemokratischen Verbandes zugesandt mit folgendem gedruckten Beigleitschreiben:

Werter Kamerad!

Da unsere Ausschusmitglieder womöglich die Bekanntgabe beilegnder Mittelstellung verwirtern, so ersuchen wir Dich, Kamerad, das Schriftstück an geeigneter Stelle zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Ein Vorstandsmitglied des christl. Gewerbevereins.

Auch auf diesem Schreiben fehlt die Angabe des Druckes. Trotzdem war das Flugblatt von durchschlagender Wirkung gegen den Gewerbeverein, schreibt der „Bergknappe“. Dessen Mitglieder standen zwar fest, die Unorganisierten, die in vielen Sprengeln den Ausschlag gaben, schenkten dem Schwindel zum größten Teil Glauben und wähnten die sozialdemokratischen Kandidaten. Ein gemeinerer Streich ist in der Arbeiterbewegung wohl noch nicht vorgekommen, wie es hier gegen unseren Gewerbeverein verübt wurde. Der „Bergknappe“ nannte das Ganze in seiner Nr. 38 vom 17. September 1904 ein „Verleumdungsmaßwerk eines ehrlosen Schurken vom sozialdemokratischen Verband“ und fügte noch hinzu:

„Und zu dieser Schande ist auch nur ein ehrloser Subjekt des Machtentwicklers fähig, dem jede Geistesverfassung gefäusigt ist, welches an die niedrigsten Instinkte der Menschen appelliert und erbärmlichste Feigheit vor der öffentlichen Verantwortung von ehrlosen Schurkenen an den Tag legt. So viel steht auch heute schon fest, daß dieses rote Subjekt für seine erbärmliche Schandtat nicht gesetzt wird, weil es andere Subjekte hat, die eventuell ins Gefängnis wandern.“

Der Vorstand des christl. Gewerbevereins setzte 500 Mark Belohnung aus für denjenigen, welcher den Verfasser des Flugblatts in der Art ermittelte, daß die gerichtliche Verfolgung möglich wird, und 200 Mark Belohnung für denjenigen, welcher die Druckerei, in welcher das Flugblatt hergestellt wurde, so kenntlich macht, daß eine gerichtliche Bestrafung herbeigeführt werden kann.“

Die Führer des sozialdem. Verbandes versuchten mit gut gespielster Entrüstung jede Schuld und Kenntnis an dem Ursprung des Lügenmachwerks in Abrede zu stellen. Das sozialdem. Verbandsorgan beteuerte das wiederholt und schrieb u. a.:

„Sofortlich wird die Sache noch unzweideutig aufgeklärt, dann wird sich zeigen, daß sowohl die Verbandsleitung wie auch die Reaktion der Bergarbeiterzeitung“ (auf die der „Bergknappe“ hinzielte) mit dem Blättchen nichts zu tun haben!“

„Wir sind nun in der Lage, schreibt der „Bergknappe“ wörtlich weiter, dem damals von dem Verbandsorgan leichtsinnigerweise gräßesten Wunsch zu entsprechen und die Angelegenheit unzweideutig aufzuklären. Das hatten sich unsere lieben „Freunde“ gewiß nicht träumen lassen. Fast fünf Jahre sind seit jenem Streich vergangen. Seit Jahren kannten wir persönlich den Verbreiter des Flugblattes. Es fehlten uns nur die genügenden Beweise, um ihn zu überführen. Endlich haben wir auch diese zusammen.“

Wir sind jetzt in der Lage, nachzuweisen, daß ein Vertreter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes die Flugblätter verbreitete. Es war also kein Mitglied oder Vorstandsmitglied des (christl.) Gewerbevereins. Das hat ja auch kein vernünftiger Mensch angenommen. Der Plan könnte ja nur von Leuten ausgeheckt und ausgeführt sein, die ein Interesse an der Niederlage des Gewerbevereins hatten. Das, was das sozialdemokratische Verbandsorgan damals bestreit, ist Tatsache: ein früheres Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes verbreitete das Verleumdungsflugblatt. Die Offenheit, insbesondere unsere Mitglieder und die Mitglieder des alten Verbandes sollen auch sofort den Namen des Mannes wissen: es war der Verbandsbeamte Schönemann, später in Oberhausen, jetzt an der Zentrale des Verbandes in Bochum beschäftigt.

Bon selbst wird sich jetzt auch jedem die Frage aufdringen: Hat nicht die Verleumdung des Flugblattes

aus sich unternommen? Waren noch andere daran beteiligt? Hat etwa der Verbandsvorstand die Verbreitung des Flugblattes angeordnet? Oder war ihm der Streich Gottes wenigstens bekannt? Wer hat die Kosten für die Verbreitung getragen?

So schwierig es war, so haben wir auch über diese Fragen genaue Ausklärung zu erhalten gesucht. Und nicht ganz ohne Erfolg. Wir können beweisen, daß Gott nach eigener Angabe im Auftrage der Verbandsleitung handelte. Der Verbandsvorsitzende Sachse hätte als Reichstagsabgeordneter jedoch offiziell von der Geschichte nichts wissen dürfen. Wom damaligen Verbandsredakteur, dem jetzigen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Bochum, Otto Hue, ist dem Gott nach dessen Angabe erklärt, wenn er gesichtet werde, dann müsse er Geld erhalten, damit er noch Amerika ausrufen könne.

Wir können weiter gerichtlich nachweisen, daß dem Reichstagsabgeordneten Verbandsvorsitzenden Sachse schon vor dem damaligen Wahltermin bekannt war, daß Gott der Verbreiter des Flugblattes war. Ebenso war nachweislich einige anderen Verbandsbeamten die Sache bekannt. Trotzdem versuchte man den Anschein zu erwecken, der alte Verband habe mit dem Flugblatt nichts zu tun. Auch wurde der Beamte Gott, der dem Verbandsvorsitzenden Umgang Sachse als Verbreiter des Flugblattes bekannt war, bis heute als Verbandsbeamter geduldet, sogar dann noch, als gerichtlich festgestellt war, daß Gott beim Streit Streitgelder zum Ankauf von Revolvern benutzt. Ein Beweis, daß man ihn nicht abschütteln wollte oder konnte. Unwillkürlich denkt man hier an die eidliche Aussage des Zeugen Winkler in der am 19. Januar vor dem Schöffengericht in Oberhausen stattgefundenen Verhandlung gegen Spaniol. Danach sagte Gott zu dem genannten Zeugen mit Bezug auf den Verbandsvorstand: „Mir schenken sie nichts ab, sie wissen auch gut warum.“ Gott bestreit das allerdings.

Wir hoffen, daß die (sozialdem.) Verbandsleitung noch einmal ihr bekanntes Vertrauen zur „Klassenjustiz des Klassestaates“ zeigt und den Versuch macht, ihre Ehre zu retten und uns wegen Beleidigung verklagt, damit wir Gelegenheit erhalten, unsere Angaben vor Gericht zu beweisen.“

Soweit die Aussführungen des „Bergknappen“. Daraufhin hat der sozialdem. Verbandsvorsitzende Sachse folgende Gegenerklärung veröffentlicht:

„Die vom „Bergknappen“ gewünschte Klage wird von uns sofort veranlaßt worden. Das besagte Flugblatt ist weber von der Verbandsleitung noch mit deren Wissen, auch nicht in der Druckerei des Verbandes hergestellt. Als Sachse in Buschhausen am Sonntag vor der Knappenschaftswahl das erste dieser Flugblätter von Spaniol zugestellt bekam, war Sachse außer sich, schickte sofort Spaniol nach Oberhausen zurück, daß er die Verbreitung des Flugblattes verhindern sollte. Sachse eilte sofort nach dem nächsten Postamt und bezeichnete nach Gelsenkirchen, daß die nach dort gesandten Flugblätter auch nicht verbreitet werden sollten. Als sich herausstellte, daß Sachses Depesche zu spät nach Gelsenkirchen kam, die Verbreitung also erfolgt sei, hat der Verbandsvorstand sofort ein Flugblatt an alle Bahnhöfen erlassen, in welchem aufgefordert wurde, das Flugblättchen beiseite zu legen, es nicht zu verbreiten. Soviel für heute. Hinzufügen wollen wir noch, daß Spaniol das Flugblatt geschrieben hat und er es auch war, der erzählte, daß ihm von christlicher Gewerbevereinsseite mitgeteilt sei, daß Brust 30 000 Mark von den Herren erhalten habe. Später mehr. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter, H. Sachse.“

Diese Erklärung bestätigt zunächst, daß die ungeheuerliche Verleumdung tatsächlich aus den Kreisen des sozialdem. Bergarbeiterverbandes herrührt. Oh nun der Beamte Gott oder Spaniol der Verfasser ist, spielt nur eine nebensächliche Rolle. Der „Bergknappe“ bezeichnet Herrn Gott ja auch nur als Verbreiter des Lügenblattes. Daß Sachse von dem Machtwert offiziell nichts wissen durfte, schreibt ja auch schon der „Bergknappe“; inwieweit aber die andern Beamten der Verbandsleitung, speziell Hue, mit der schmützigen Geschichte in Verbindung stehen, wird wohl die bevorstehende Gerichtsverhandlung aufklären. Jeder anständige ehrliche Mensch aber wird sich mit Abscheu von einer Kampfesweise abwenden, wie sie hier wieder einmal enttarnt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Eine päpstliche Kundgebung für die christlichen Gewerkschaften.

Eine Abordnung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bestehend aus den Herren Dr. Müller (Mt.-Gladbach), Giesberts (Mt.-Gladbach), Wieber (Duisburg) und Gotthardt (Frankfurt a. M.), ist am Ostersamstag den 10. April vom Papst Pius X. in Audienz empfangen worden. Die Abordnung überreichte dem Papst ein Geldgeschenk als Solidaritätsgabe und eine Adresse, worin die Treue und Ehrerbietung der katholischen Arbeiter Westdeutschlands zum Oberhaupt ihrer Kirche zum Ausdruck gebracht wurde. In der Adresse war auch das Zusammensetzen der katholischen mit den evangelischen Arbeitern in den christlichen Gewerkschaften erwähnt. In seiner Antwort dankte der Papst der Arbeiterbewegung für die überreichten Glückwünsche und kam

auch mit folgenden hochbedeutenden Worten auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen:

„Auch hat es meine volle Billigung, daß ihr in den christlichen Gewerkschaften ein so erfolgreiches Apostolat ausübet und gemeinschaftlich mit den Protestantten zur Erhaltung des christlichen Gedankens tüchtig seid.“

Die hunderttausende katholischer Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden dem Papst für diese offene Billigung und Anerkennung ihrer kirchlichen und sozialen Bestrebungen von Herzen danken und diesen Dank durch festen Treue und Hinwendung für ihre Kirche praktisch betätigen. Sie werden an die hoherfreudige Kundgebung des Papstes auch die naheliegende Hoffnung anknüpfen, daß nun endlich auch jene Stimme zur Ruhe kommen mögten, die bisher die christlichen Gewerkschaften als im Widerspruch mit der katholischen Kirche stehend verkehrs und bekämpft haben. Dieser Einschauung ist jetzt von der höchsten Autorität der katholischen Kirche der letzte Rest von Berechtigung entzogen. Sollte es nicht möglich sein, auf Grund der neuesten päpstlichen Kundgebung die bestehenden Gegensätze unter den deutschen Katholiken zu überbrücken und doch noch zu einem Frieden in der Gewerkschaftsfrage zu kommen? Das wäre jedenfalls im Sinne desjenigen gehandelt, der vorstehende Worte an die Vertreter der katholischen Arbeiter Westdeutschlands gerichtet hat.

Hüttenarbeitergeschworener.

Der schimpfwertige und verleumungslästige „Fahmann“ für Hüttenarbeiterfragen hat jetzt wieder in drei längeren Artikeln in der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ seine Geistesblöte abladen können. Etwas Neues kann er nicht bringen, es sind die schon zum Überdruck wiedergekauten Märchen und Verdächtigungen gegen den christlichen Metallarbeiterverband und dessen Tätigkeit in der Hüttenarbeiterfrage. Eine nochmalige Abberufung der einzelnen Titelabenteuer erübrigt sich. Interessant ist jedoch, wie der Zeitschrifsteller sich an unbehaglichen Tatsachen vorbeizubringen sucht. In Nr. 6 unseres Organs hatten wir im Anschluß an die Ausführungsbestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe u. a. auch folgendes geschrieben:

Festhalten wollen wir aber, daß der Handelsminister in der Verordnung darauf hinweist, daß die praktischen Erfahrungen mit den vorliegenden Bestimmungen die Antwort auf die Frage gewähren, ob und in welcher Weise etwa demnächst eine Beschränkung der Arbeitszeit erforderlich ist. Mit anderen Worten liegt darin das Eingeständnis, daß mit der jetzigen Bundesratsverordnung erst der Anfang gemacht worden ist, und daß auf den zu sammelnden Erfahrungen weiter aufgebaut werden muß.“

Da kam der „Fahmann“ für Hüttenarbeitergeschworener in Nr. 8 der „Met.-Ztg.“ und erklärte das als eine „Fälschung“ der Ministerworte und flügte dem noch die dummbreite Verleumdung hinzu, die „Christen“ fühlen sich wohl auf Gedeh und Verderb mit der Regierung verbunden. Wir wichen gegenüber dieser Frechheit in Nr. 9 unserer Zeitung nur darauf hin, daß wir uns mit der vorstehenden Beurteilung des Ministererlasses in guter Gesellschaft, sogar nahen Verwandtschaft der „Met.-Ztg.“ befinden, denn das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“ Nr. 38 habe dieselben Schlussfolgerungen aus dem Erlass gezogen wie wir. Gemäß den eigenen Worten der „Met.-Ztg.“ hatte sich der „Vorwärts“ dann doch auch einer Fälschung schuldig gemacht und war „dem Seifenblasenspur“ der Regierung andächtig und dienstbesessen nachgejagt.

Diese Feststellung ist dem Verleumder in der „Met.-Ztg.“ natürlich sehr unbehaglich, und nun versucht er sich an dieser heißen Sache in Nr. 15 des genannten Blattes mit einigen Gliederverurteilungen vorbeizudrücken. Er schreibt:

„Nun weiß das Duisburger Blatt auf dem Vorwärts hin, der eine ähnliche Bemerkung zu den Ausführungsbestimmungen gemacht habe. Was der Vorwärts schreibt, haben wir nicht zu vertreten, wir haben oben auf die Folgen von zu großer Vertrauensseligkeit hingewiesen und meinen, daß diese Spuren schaden sollten.“

Merkwürdig! Jeden Antrag und jede Neuerung eines sozialdemokratischen Politikers reklamiert der Artikelschreiber der „Met.-Ztg.“ als Verdienst des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und prahlt damit, aber eine unbehagliche Neuerung des führenden Parteiblattes „hat er nicht zu vertreten“. Das ist die Konsequenz eines aalglatten Demagogen, als der sich dieser Heldenheld hier wieder in seiner ganzen Glorie produziert. Uns war's ja auch gar nicht eingefallen, die Neuerung des „Vorwärts“ als verantwortliches Produkt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu bezeichnen, wir hatten nur die Tatsache festgestellt, daß wir mit unserer Schlussfolgerung mit dem Zentralorgan der Sozialdemokratie übereinstimmen. Die Schimpfareien der „Met.-Ztg.“ mussten mithin auch auf den „Vorwärts“ zutreffen. Wie der Feuerheld sich jetzt herauszuwinden versucht, ist wirklich ergötzlich.

Zum übrigen bestätigen wir ihm nochmals gern die Tatsache, daß er sogar die ernste Frage des Hüttenarbeitergeschworenen zu einer unverantwortlichen Höhe gegen die treulichen Arbeiter niemals erhoben und nur den Fortsetzung folgt auf Seite 184)

Christlicher Metallarbeiter-Berband Deutschlands

Abrechnung für das Jahr 1908.

Ausgabe

Einnahme

Ortsverzeichnis

Ort	Bewohner im Det	Last	legies Wiede- nung	Gehaltsgehalts-				Gehaltsgehalts-				Gehaltsgehalts-				Gehaltsgehalts-				Gehaltsgehalts-			
				4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Hörsteichen	1214	72	1	823	20	450	820	570	2955	370	115	20	2334	85205	15	24	11810	11810	4167	8987	23551	18810	18810
Hoppo	698	7	1	855	50	1240	230	290	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26012	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Horbach	10137	80	146	120	25	820	20	205	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Horen	23275	650	151280	27	50	420	820	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Hummel	1460	56	567	28	50	420	820	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Ingolstadt	12387	1030	565	60	27	50	820	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Itz	728	1	875	10	60	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Verlohn	12942	650	61640	27	50	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Fließburg	8781	—	278	—	625	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Klingersdorf	15108	—	55150	—	645	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Küterthal	10740	50	16350	142	26	1120	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25
Kütersauern	83848	550	120160	142	26	1120	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25
Kult	19370	27	59400	142	26	1120	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25	104	25
Karlsbad	21655	—	277	90	426	522	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Karlsbad	6767	1550	148480	775	1820	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Kattowitz	3918	2150	124150	775	1820	820	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Kayenfurt	4198	11	281	—	2050	450	20	20	881	205	118	10	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Kiel	19001	150	785	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königstein	1	3250	3200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kohlischelb	67945	1040	329300	482	63	6290	797	20	2864	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Königsberg	9253	1130	253000	482	63	6290	797	20	2864	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Königsberg	12655	5	35	50	2405	330	610	610	2860	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Künzelsau	191	—	183	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Künzelsau	701	—	420	60	725	310	610	610	2860	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Künzelsau	1267	290	158	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Künzelsau	8887	50	17050	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Küngelshelm	4610	150	98720	520	1350	1350	270	270	3345	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Küngelshelm	1730	13	31810	975	470	470	905	905	22160	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Küngelshelm	11186	950	127190	280	1250	1250	280	280	1410	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Küngelshelm	1107	850	11120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Küngelshelm	9753	3	70580	195	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Küngelshelm	85106	—	169	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Küngelshelm	746	—	4680	125	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Küngelshelm	3773	9	65140	580	580	580	121	121	470	20	881	205	2334	85205	15	24	26712	155581	10762	18862	68410	8801	8801
Küngelshelm																							

Schmärmachertum einen Dienst damit erledigen hat. Die denkenden Hüttenarbeiter werden wissen, wie sie diese „Interessenvertretung“ zu beruleiten haben. Die offene und ehrliche Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zugunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter kann durch eine solche Hebe in den Augen rechtshabender Menschen nicht missverstanden oder geschmälerd werden.

Zum Nachdenken für Unorganisierte.

Unter dem Stichwort: Eine bescheidene Frage! veröffentlicht der „Nacherer Volksfreund“ folgende Broschüre eines Handwerksmasters:

„Dendr sich da als gemeinsame Gesellschaft organisierte und unorganisierte Hüttenmeister beim Glase Bier befreunden. Die Unterhaltung lenkte sich von einem zum anderen, so auch auf das Organisationswesen der Arbeitgeber und -nehmer, wie auf die christliche Bewegung der christlich organisierten Holzarbeiter bestreitigen Orts. Zu der christlichen Festlegung der Arbeitszeit ab 1. Oktober 1908, rüste der Lohnrechnung zum 1. Juli 1909 äußerte sich ein Kollege: ich habe auch zwar den Tarif anerkannt, was jedoch zur Zeit nicht, ob ich bei meinem Wort bleiben werde. Darauf die Erwidnung eines anderen: Aber dazu sind wir doch durch Ehrenwort und Unterschrift moralisch verpflichtet! Antwort: nach Lage der Sache ja aber, das nicht die Verbandsleitung der Holzarbeiter mit uns christlich abgeschlossen speziell zugunsten ihrer Mitglieder?“

Zum dieser organisierten Geschäftsfamilie standen zur Zeit der Abmachung diese bei mir in Arbeit, zu deren Gunsten Prinzipiell „tarifiert“ wurde, und zu deren Gunsten ich mich verpflichtete. Heute jedoch, nach der überwundenen Geschäftsfamilie, bei welcher eine bedeutende Reduzierung an Arbeitern sich vollzog, steht sich meine heutige Geschäftsfamilie aus Unorganisierten zusammen, zu deren Gunsten ich mich nicht tariflich verpflichtet halte. Die gänzlich unorganisierten haben doch auch faktisch keine Aufbesserung beansprucht, wie auch jene, welche aus der Verbündung ausschieden, mit dem Wurzeln der Leistungen auf die Gründung ihrer organisierten Kollegen. Alle Wichtung der Meister, welche selbstlos nach idealen Grundsätzen zu handeln vermögen, ist aber stehe auf dem Standpunkt, wo jeder sich selbst der nächste ist. Niemals werde ich mich dazu verstellen, diejenigen heutigen Personale ein Recht auf Ansprüche anderer zu erkennen zu wollen. Zu Erkenntnis unserer Zeit sage ich mir: Der organisierte Arbeitervater ist der Faktor, mit welchen wir für früher zu rechnen haben, wollen wir tarifliche, ruhige Arbeitsperioden. Sie sind uns, wir müssen sie fördern. Gehen wir aber gleich Pflichten über gegen solche, welche uns nicht tariflich gegenüberstehen? Ich finde dies als ein Umding.“

Diese Ausführung fand ziemlich ungeteilten Beifall der Runde. Ob man's aber damit halten soll? Ja, vom Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Standpunktes aus betrachtet, können jene wirklich nicht in Betracht, welche den gebrochenen Arbeiterschaften, deren Pflichtprinzipien fernstehen und unwillkürlichweise von weitem laufen, wo sich was einfallen lässt, was anders vom Baum geschüttelt, und sich hinterher etwa noch lustig machen über ihren unterschiedlos handelnden Prinzipal. Dieses mir die persönliche Abschätzung des Einzelnen als objektiv Urteilender in bezug auf zeitgemäße Interessen der Arbeitgeber und -nehmer. Ob's recht — möge uns ein berühmter Sozialpolitiker gütigst mitteilen.“

Der Standpunkt dieses Unternehmers, so anzettbar er auch in vielen Punkten ist, sollte aber allen unorganisierten Arbeitern zeigen, wohin sie gelangen, wenn sie die Organisation vernachlässigen.

Geführter Terrorismus.

Am 8. Februar d.S. fügte wurde der sozialdemokratische Metallarbeiterverbändler Wüst aus Eßlingen vom dortigen Schöffengericht wegen Bekleidung und Misshandlung unseres Mitglieds Schön, eines 60 Jahre alten Kollegen, zu 25 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. (Vergleiche den Verhandlungsbericht in Nr. 8 dieser Zeitung.) Wir erklären damals im Anschluß an den Verhandlungsbericht, daß der gewalttätige Genosse Wüst sehr gnädige Richter gefunden hätte. Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 9 hieß dann wieder ihre schützende Hand über Wüst, wie sie auch vorher schon den Terrorismus beschönigt und den unzuhause Kollegen Schön verunglimpt hatte. (Letzteres hat ja der Verantwortliche der „Met.-Ztg.“ schon mit einer Geldstrafe büßen müssen.)

Infolge dieser Schläge wurde gegen das Urteil des Eßlinger Schöffengerichts Berufung eingereicht, die am 31. März vor der Strafkammer in Stuttgart zur Verhandlung kam. Das Resultat der Berufungsverhandlung ist folgendes Urteil:

„Das Urteil des Königl. Schöffengerichts Eßlingen vom 8. Februar 1909 wird hinsichtlich des Strafmaßes aufgehoben und der Angeklagte Wüst zu der Geldstrafe von 10 Mark (statt 25 Mr.) vorauß das Schöffengericht erkannt hatte) und zur Tragung der Kosten des Berufungsverfahrens einschließlich der dem Privatkläger Schön erwachsenen entwidigen Auslagen verurteilt.“

Die eingegangene Berufung ist mithin von Erfolg gewesen, wenn auch diese Strafe noch als geistige für die Handlungsweise des Genossen Wüst betrachtet werden kann. Die Kosten des zweijährigen Verfahrens übersteigen natürlich die verhängte Geldstrafe um ein beträchtliches, was dem schlagfertigen Wüst hoffentlich ein Denkzettel für sein ferneres Verhalten. Anders denkenden gegenüber sein wird. Wir haben wahrsich keine Freude daran, Arbeiter vor das Forum der Gerichte zu ziehen und ihre Bestrafung zu veran-

lassen, aber rohrtaten Menschen vom Schlag eines Württ gegenüber ließen leider kein anderes Erziehungsmitte übrig, zumal sie auch noch von Ihren führenden Kreisen in Ihrem verwerflichen Treiben gestützt und geschoben werden. Zedenfalls wird die „Met.-Ztg.“ auch jetzt wieder Ihren Schülpling Wüst verteidigen und herausheben, denn das endlich einmal ein entschiedenes Wort gegen den Terrorismus finden würde, ist nach Ihrem bisherigen Verhalten kaum anzunehmen. Solange das aber nicht geschieht, wird man die verhüten und geschobenen Terroristen selbst packen und dem Strafrichter übergeben müssen. Die jeweils Verurteilten mögen sich dann bei ihren „Erziehern“, die als die Hauptschuldigen nicht zu fassen sind, für die erlittenen Strafen bedanken.“

„Religiöse Neutralität.“

Die sozialdemokratische „Schmiede-Zeitung“ Nr. 15 läßt in einer sogenannten Osterkette die Bütgel schließen. Wiebter ihrer Vielgottseinföldlichkeit die Bütgel schließen. Das Osterfest ist ihr eine Sage aus altertümlicher Zeit, wonach sich die Völker an Ostera der wiedererwachten Natur gefreut hätten. Dann erkennt das angeblich religiöse „neutrale“ freie Gewerkschaftsblatt weiter:

„Das mächtige Holzkreuz auf Golgatha aber warf seine Schatten bald über ganz Europa. In dem riesigen Schatten sollte nicht mehr Raum sein für Natur- und Lebensfreude. Es begann eine Ära der Entfesselung von fleischlicher Lust und Lebensfreudigkeit. Und die Priester wandelten das Fest der frohen Göttin Ostara in das Fest der Auferstehung des Kreuzigten.“

Aber neunzehn Jahrhunderte haben nicht vermocht, die alte Lebens- und Lenzsiede der Menschheit auszulöschen. Osteren blieb Ostara's Frühlingsfest, trotz der Macht der Kirche, die es zum Feste der Auferstehung des martervollen Kreuzigten machen wollte. Mit hellem Lachen spottet Ostara den „Aftengungen“ der Finsternisse und Asfeten. So wird Osteren auch das Fest des auferstehenden Lebens bleiben.“

Also „Asketen und Finsternisse“ sind nach der „Schmiede-Zeitung“ diejenigen, die im Osterfest ein christliches, religiöses Fest erblicken. Zu solchen Beschränkungen versteigt sich das Blatt eines Verbandes, dessen Agitatoren mit religiöser „Neutralität“ auf den Bauernfang ausziehen. Vorstehendes datum aufheben und in die Mappe legen.“

Streiks- und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Nachen. In der Eisengießerei Josephshütte stehen seit längerer Zeit Differenzen.

Berlin. Die Baumeister stehen in einer Lohnbewegung.

Duisburg. In der Duisburger Eisen- und Maschinenfabrik [vorm. Ullers], bestehen Differenzen.

Dortmund-Lünen. Bei der Firma Schulz & Co. haben wegen Akkord-Differenzen die sämtlichen former und Gießereiarbeiter die Kündigung eingereicht.

Radevormwald. Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Titan sind die Arbeiter ausgesperrt weil sie sich weigerten, einen Lohnabzug von 20—45% unterschließlich anzuerkennen.

Schierste. Bei der Firma Aug. Bode, Schlossfabrik, stehen die Arbeiter wegen Akkordreduzierung in Kündigung.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. April 1909 der liebenzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. April bis 2. Mai fällig.

Die Abrechnung vom 1. Quartal muß spätestens bis 1. Mai eingeliefert werden. Alle Ortsgruppen, welche dieselbe noch nicht eingesandt haben, werden deshalb ersucht, in den nächsten 8 Tagen die Abrechnung fertig zu machen und einzusenden. Die Einwendungen, die von manchen Vorständen gemacht werden, daß aus diesem oder jenem Grunde die Abrechnung nicht eher eingesandt werden kann, können nicht als stichhaltig angesehen werden. Wenn es der Hälfte aller Zahlstellen möglich ist, innerhalb 4 Wochen nach Quartalsabschluß abzurechnen, dann muß es der anderen Hälfte ebenfalls möglich sein. Es mangelt da nur an regem Eifer und dem guten Willen. Da es meistens immer dieselben Zahlstellen sind, die so spät abrechnen,

sollten auch die Bezirksleiter dafür sorgen, daß überall pünktlich abgerechnet wird.“

Das Prototyp.

Unserer Münchener General-Versammlung ist beinahe vergriffen. Um die noch einlaufenen Bestellungen erledigen zu können, werden diejenigen Ortsgruppen, welche noch überzählige Exemplare am Orte haben, ersucht, diese sobald wie möglich an die Zentrale zurück zu senden. Dieselben werden dann von dem Konto der betreffenden Gruppe abgeschrieben.

Zur Arbeitslosenstatistik.

Trotz wiederholter Aufforderung haben nachstehende Ortsgruppen die Zählkarten gar nicht, oder erst viel zu spät eingesandt:

Bergen, Clausthal, Donaueschingen, Berg-Gleibach, Iserlohn, Jüngersdorf, Konstanz, Leichlingen, Leipzig, Oppeln, Posen, Niedervormwald, Schwertlin, Weilerhammer. Die Veröffentlichung wird hoffentlich genügen, um in Zukunft eine promptere Einsendung der Karten zu ermöglichen.

Es wird gebeten, die Adresse des Mitglieds Willi Steffens (Schlosser) an die Redaktion zur Weitervermittelung an einen Bekannten einzusenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Enskirchen. Nachdem im vorigen Jahre die hier bestehende Zahlstelle durch das körplose Verhalten einiger Kollegen eingegangen war, konnten wir Ende März wieder zur Neugründung einer Zahlstelle übergehen. Auch hier hat es sich wieder bewiesen, daß es für das Blühen und Fortbestehen einer Zahlstelle nicht von Vorteil ist, wenn sich die Mitgliederzahl auf einen Betrieb beschränkt, denn da können zwei Querläufe, wenn es ihnen nicht nach der Mühe geht, eine ganze Zahlstelle ruinieren. Jetzt haben die Kollegen wohl einsehen gelernt, daß es ohne Organisation nun einmal nicht geht und daß sie ohne dieselbe vollständig der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben sind. Gerade die jetzt beendigte Lohnbewegung hat den Kollegen gezeigt, wohin die Fahrt geht, wenn man die Weitläufe sparen will. So könnte denn auch Kollege Bürsterbach bei Eröffnung der Generalversammlung in einem kurzen Bericht über die Lohnbewegung darauf hinweisen, daß die Kollegen es nur dem Eingreifen der Organisation zu verdanken haben, daß dem fortwährenden Abziehen der Firma durch den Abschluß eines Tarifs Einhalt getan wurde. Mögen sich die Kollegen jetzt durch treues Verhalten an der Organisation und unermüdliches Agitieren dankbar dafür erweisen.

Nach Tätigung der Vorstandswahl wurde als Versammlungsort die Wirtschaft Groß, Rothheimerstraße, bestimmt. Die Versammlungen sollen jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, stattfinden. Kollege Zimmermann empfahl den Kollegen, sich mehr an der Aussprache zu beteiligen, und wenn der eine oder andere etwas auf dem Herzen hätte, es frei heraus zu sagen, wenn es auch einmal nicht so herauskommt, wie man es gedacht habe.

Am Schlusse der Tagung angelangt, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, ihr ganz „Sinn“ für die gerechte Sache einzugeben, damit wir bei der nächsten Versammlung noch einmal soviel Metallarbeiter als unsere Verbandskollegen begrüßen könnten, denn hier in Enskirchen bietet sich uns ein reiches Arbeitsfeld.

Nun früh aus Werk, Kollegen! Seien wir, daß wir den Organisationsgebäken richtig erfaßt haben, indem wir alle mitarbeiten, die neugegründete Zahlstelle auf eine imposante Höhe zu bringen, getreu der Devise: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Eschweiler. Die am 1. April in Kraft getretene Bundesratsverordnung für die Hütten- und Walzwerke ist gänzlich instande, den schwer bedrangten Arbeitern dieser Werke die notwendige Erleichterung zu verschaffen. Das ist auch schon in mehreren Artikeln unserer Verbandszeitung nachgewiesen worden. Ebenfalls ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Werksverwaltungen auch noch das bishero Schutz, das in der Bundesratsverordnung enthalten ist, illusorisch zu machen versuchen würden.

Ein Beispiel hierfür haben wir schon im Köln-Eschweiler Eisenwerk, Abteilung Blimpchen. Bisher hatte der 1. Puddler gar keine Pause bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Jetzt soll die Sache so geregelt werden, daß während der Pause des 1. Puddlers die zweite Mann und der Compagnie-Puddler die Arbeit des ersten mit übernehmen müssen. Die beiden gehen dann in der Regel ganz ohne Pause aus, da sie die Zeit zum Herbeischaffen des Materials benötigen müssen. Für diese Mehrarbeit erhalten sie jedoch keinen Pfennig mehr Lohn. Wenn man bedenkt, daß diese Leute ihre ganze Kraft bei der größten Höhe anwenden müssen, um den Gas-Wöhren aus dem Ofen heraus zu holen, dann aber während der natürlichen Pause bis zum nächsten Satz auch noch das Material wieder in großer Höhe — von der Walze oder vom Hammer herbeiziehen müssen, so kann man ermessen, was diese Kollegen zu leisten haben. Und dabei ist auch noch fortwährend die größte Unfallgefahr vorhanden.

Mit solchen Verordnungen wie die vorliegende, ist kein wirklicher Arbeiterschutz zu erzielen. Wir müssen deshalb unsere Forderungen nach der Richtung hin aufrecht erhalten, insbesondere die von der Hütten- und Walzwerksarbeiterkonferenz vom 11. August 1907 in Duisburg. Vor allem aber müssen wir die Organisation stärken, und deshalb richten wir auch an die Eschweiler Kollegen der Metallindustrie die dringende Mahnung, einzutreten in den Deutschen Metallarbeiterverband, um hier an der Hebung der Verhältnisse praktisch mitzuwirken.

Kall. Wie aus dem Verbandsorgan erichtlich, hat unser Verband in den letzten Jahren an den verschiedensten Orten Deutschlands große Vorteile für die Arbeiter der Zinkindustrie erzielen. So auch auf dem heisigen Hindelwalscher. Um den Erfolg richtig zu schätzen, bedarf es einer Erklärung, unter welchen Verhältnissen die Arbeiter genannter Werke ihr Dasein fristen müssen. Es sei zunächst bemerkt, daß hier eine Schlesische Gesellschaft im Vertrag kommt.

Besonders lassen die Löhne anderen Werken gegenüber sehr viel zu wünschen übrig. Sie heute mögen einige Zahlen genügen. So verdient z. B. ein Vorwalzer in Kall 5—5,50 Ml. täglich, ein Vorwalzer der Vieille Montagne in Oberhausen 6—7,50 Ml. und höher, ein Vorwalzer der Firma Grillo in Oberhausen 6—7 Ml. Ein Gießer in Kall 5 Ml., in Oberhausen 6—8 Ml. täglich, ein Magazinarbeiter in Kall 4 Ml., in Oberhausen 5—6 Ml. täglich.

Hierbei muß allerdings erwähnt werden, daß genannte Löhne von Oberhausen nur durch tatkräftiges Einbrechen des christl. Metallarbeiterverbandes erzielt wurden. Natürlich stehen auch die Löhne der übrigen Arbeiter entschieden höher als in Kall. Um jedoch zu sein, muß dagegen werden, daß auf dem heisigen Hindelwalscher außer dem Dohn auch Prämien bezahlt werden. Natürlich liegt es in der Hand einzelner Vorgesetzter, dieselben nach Gunst und Gabe zu zahlen. Es erübrigt sich für heute, auf Einzelheiten einzugehen. Um 9. April sollten nun sämtliche Arbeiter erfahren, welche zweifelhafte Einrichtung ein beratiges Prämienystem ist. Am 10. April sollte ausbezahlt werden. Um Karfreitag den 9. April gab die Firma durch Anschlag bekannt, daß der gesamte Belegschaft für den Monat die Prämien in Abzug gebracht werden sollten. Dieser Abzug bedeutet für die Kollegen einen bedeutenden Verbienstfall, der um so schwerer traf, als gerade die Osterfeiertage vor der Tür standen. Das Vorgehen der Firma löste eine sehr begreifliche Erregung unter den Kollegen aus. Als am Karfreitagabend sie zur Nachtsicht antretenden Kollegen eine Einigung mit der Werkleitung nicht erzielten konnten, ruhte bereits für diese Schicht die Arbeit. Die Tagessicht schloß sich unmittelbar dem Vorgehen der Nachschicht an.

Durch erneute Verhandlungen erzielten die Kollegen, daß die Prämien in der üblichen Weise ausbezahlt wurden und die Firma erklärte, zu weiteren Verhandlungen bereit zu sein.

Das gewiß berechtigte Bestreben der Arbeiter geht dahin, das Prämienystem gänzlich in Wegfall zu bringen und an dessen Stelle angemessene Löhne einzuführen. Erfolge in diesem Bestreben sind indes nur dann zu erzielen, wenn die Kollegen Mann für Mann bauernd fest zusammenhalten und auf der ganzen Strecke verouft sind, daß nur durch Einigkeit, nur durch geschlossene Organisation ihre Lebenslage gebessert werden kann.

Kollegen des Hindelwalsches Kall! Ihr habt gesehen, daß durch den Zusammenschluß etwas zu erreichen ist. Es handelt sich jetzt darum, das Errungene zu erhalten und noch weiter auszubauen. Wir dürfen keine Opfer scheuen, denn in jedem Betriebe gibt es noch manches zu reformieren. Euer Mitbestimmungsrecht hängt nur von der Stärke der Organisation ab, und dieses dürft Ihr Euch unter keinen Umständen wieder nehmen lassen. Wollt Ihr ernstlich und dauernd für Eure Familie sorgen, so beherziget diese Worte und sorgt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den Ausbau des christl. Metallarbeiterverbandes!

Aus dem Sauerland. Den Arbeitern der Metallwarenfabrik Gebrüder Christopher in Wiesmeringhausen wurden am 15. März durch Anschlag sämtliche Auf- und Tagelöhne um 10 Prozent gestrichen. Im Betrieb der Firma ist dieses überall dort, wo die Arbeiter es nicht verstanden, sich während der guten Konjunktur Tarifverträge zu erwirken, nicht weiter verhindern. Die Löhne an sich sind aber so gering, 2,25—3.— Ml. für erwachsene Arbeiter, einer erhält 3,25 Ml., so daß, wenn hieron noch ein Abzug gemacht wird, es absolut nicht zu verstehen ist, wie die Leute auskommen sollen. Aber die Firma spekuliert auf die Gutmüdigkeit der Sauerländer. Die Arbeiter, zum Teil im christlichen Metallarbeiterverband, zum Teil im Generalkomitee christlicher Bergart, er organisiert, zum größten Teil aber noch nicht v. d. L. i. g. i. e. r. beauftragten unserer Bezirksleiter, die Firma um Zurücknahme des Abzuges zu ersuchen. Dieses geschah leider ohne Erfolg. Das Antwortschreiben der Firma spricht für sich. Anscheinend haben die kleinen und großen Scharfmacher aus der von sozialdemokratischen Seiten verpuschten Ausspruchung in Herlohn nichts gelernt. Wir lassen den Brief folgen:

Iserlohn, 2. April 1909.

Christlicher Metallarbeiterverband, Hamm i. W.

Ihr Schreiben vom 31. 3. gelangte in unseren Besitz, und sind wir erstaunt darüber, daß sie von unsn Arbeitern in Wiesmeringhausen aufgefordert sein sollen, mit uns wegen der angezeigten Lohnreduktion in Verhandlung zu treten. Wir müssen Ihnen nun zunächst erwidern, daß eine beratige Vermittlung überflüssig ist, da wir es gewohnt sind, geschäftliche Angelegenheiten mit unseren Arbeitern stets direkt zu regeln, aus diesem Grunde müssen wir auch eine eingehende Beantwortung ablehnen.

Glauben Sie etwa, daß wir eine Lohnkürzung vornehmen, wenn wir nicht unbedingt dazu gezwungen wären? Wollten wir die Differenz mit unsn Arbeitern teilen, die uns von unsn Arbeitern weniger gezahlt wird, so würden erfahreng weit, weit schlechter abschneiden. Wir versuchen überhaupt nicht, wie Sie uns Vorschläge machen wollen, wo Sie doch die Verhältnisse nicht im Geringsten beurteilen können, weshalb wir auch eine Einigung zwecklos abweisen müssen. Daß Arbeiter in Herlohn mehr verdienen müssen, wie in Wiesmeringhausen, wird jedem Ende einleuchten. Sie wissen aber auch ganz genau, daß die Herlohnener Arbeiter für ihren Lebensunterhalt viel mehr zahlen müssen, als diejenigen in Wiesmeringhausen, es war deshalb vollständig überflüssig, in Ihrem Brief zu erwähnen, daß in Wiesmeringhausen die Löhne geringer seien, als in Herlohn. Nur sollten glauben, Ihnen würde es doch wohl einleuchten, daß sich die Herlohnener Arbeiter den örtlichen Verhältnissen anpassen müssen.

Gännen unsere Arbeiter in Wiesmeringhausen zu dem Ihnen angezeigten Lohn nicht arbeiten können, dann steht es Ihnen frei, die Erkündigung einzureichen, eventl. würden wir die ganze Fabrikation wieder nach hier verlegen.

Hochachtend

ppa. Gebr Christopher

G. Kramer.

Hieraus haben wir zu bemerken: 1. Gewiß sind wir von den Arbeitern dazu befugt. Uns folgenden Gründen: Christen in der Arbeitsordnung ein Arbeiterausschuß vorzusehen nicht, existiert ein solcher nicht. Ferner getrauen sich die Arbeiter nicht, etwas zu sagen, aus Furcht vor Maßregelung. Netto patriarchalische Zustände, hinter denen nicht eine gut organisierte Arbeiterschaft steht, in Ausübung ihrer Rechte nie etwas erreichen wird.

2. Wissen wir recht gut, daß die Herlohnener Arbeiter mehr für ihren Lebensunterhalt auspenden müssen, als die Wiesmeringhäuser. Uns sind aber auch die Gründe bekannt, der Firma anscheinend nicht. Zu Fuß und Frommen alter, die es angeht, wollen wir dieselben darlegen, obwohl es mit dem Hauptpunkt der Sache nichts zu tun hat. Die Arbeiter in Wiesmeringhausen treiben als Landbevölkerung nebenbei Landwirtschaft. Allerdings nicht aus Fleißbereit, sondern aus Not. Im Frühling, Sommer und Herbst geht es sehr oft heim ersten Hahnenschrei schon los in Wald und Feld und Wiese. Über nicht zur Erholung, nicht zum Spaziergang, sondern zu harter Frohn. Um 6 Uhr geht es dann zur Fabrik. Den Tag über dort gearbeitet, bis Abends wieder in die Landwirtschaft. Trotz der schönen Gegend und der herrlichen reinen Luft sind die Arbeiter frühzeitig aufgebraucht. Ja, es gibt Dörfer, wo mehr Witwen als junge Männer vorhanden sind. Warum wohl? Weil der Lohn in den Fabriken nicht ausreicht, um die Familie durchzubringen. Deswegen muß durch Nebenarbeit das Fehlende verdient werden.

Und erst in Herlohn und Rehheim! Uns sind Familien genug bekannt, denen es nur dadurch möglich ist zu existieren, daß die kleinen der Kleinsten in flüssiger Mutter in der Heimarbeit tätig sind. Sie machen Arbeit für den Fabrikanten, in dessen Fabrik der Vater von früh bis spät tätig ist. Herrlich! Die einen werden allerdings knapper reicher und auch proßiger dabei.

Nun zum Kern der Sache! Bisher haben wir von den Arbeitgebern immer zu hören bekommen: Ja, die Löhne sind abhängig von den Verkaufspreisen. Jetzt sollen dieselben abhängig sein von den Kosten der Lebenshaltung. Merkwürdig! Wir gestatten uns die Frage: Sind die Arbeitslöhne mit in der Art von den Verkaufspreisen und den Kosten der Lebenshaltung abhängig, oder auch nur Zeit für den guten Konjunktur? Gerechter Weise müßte man annehmen, daß die Löhne jederzeit abhängig wären von den Verkaufspreisen. Dann aber müßten die Fabrikanten auch zur guten Zeit die Löhne aufstellen. Davon ist uns bis jetzt noch nichts bekannt geworden.

Metallarbeiter des Sauerlandes, aufgewacht! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Schafft Euch eine schlagfertige Organisation, denkt an unsere Erfolge zur guten und schlechten Zeit in Olberg und Alme. So kann es überall sein, wenn ihr eine gute Organisation habt. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Man sollte meinen, daß im Geburtslande der heiligen Johne noch Sinn für Freiheit und Gerechtigkeit vorhanden wäre. Darum ermannet Euch!

Biberach. Nach langem Mühen und Werben scheint jetzt auch hier der christliche Gewerkschaftsgeiste endlich festeren Fuß zu fassen. Zu dieser Hoffnung gab uns am 4. April stattgefunden Versammlung neue Nahrung. Unter den Kollegen waren auch mehrere Gäste erschienen. Kollege Höhensteiger aus Ulm hielt einen lehrreichen Vortrag über Arbeitgeberverbände und verstand es, aus diesem wichtigen Thema die richtigen Schlussfolgerungen für die Arbeiter zu ziehen. Wenn die kapitalistischen Unternehmer fortwährend auf den Ausbau ihrer Verbände bedacht seien und große Opfer dafür brächten, so habe es der wirtschaftlich schwache Arbeiter noch viel notwendiger, Schutz und Rückhalt in der Organisation zu suchen. Auch Opfer müsse der Arbeiter gern und freudig bringen, damit er imstande sei, durch starke Organisationen den Unternehmerorganisationen entgegentreten zu können. Vor allem sei es nötig, die christlichen Gewerkschaften immer weiter zu stärken, weil sie die beste Interessenvertretung für die Arbeiter darstellen.

Zur am nächsten Diskussion wurden auch die örtlichen Verhältnisse besprochen. Noch eine beträchtliche Anzahl christlich gesinnter Arbeiter stand leider bis heute gleichgültig beiseite. Sie müßten von den organisierten Kollegen bearbeitet und überzeugt werden, bis sie endlich ihre Pflicht erkannt und sich der Organisation angeschlossen hätten. Unsere Kollegen sollten mehr Mut und Energie an den Tag legen, dann würde auch der agitatorische Erfolg nicht ausbleiben. In den heisigen Arbeitsverhältnissen sei noch vieles zu verbessern, das aber nicht geschiehen wird, wenn die Kollegen nicht selbst mit Hand ans Werk legten.

Umburg. (Arbeiterausschüsse und Staatsbetriebe) Nachdem in der Gewehrfabrik in Umburg wiederholt Arbeitern gekündigt worden ist und trotz Eintrittens des Arbeiterausschusses Ungerechtigkeiten bei diesen Kündigungen vorgekommen sind, kommen auch die Arbeiter in der fabr. Gewehrfabrik zur Einigkeit, daß der Eintritt der Arbeiterausschüsse sehr gering ist. Ein Kollege, der Mitglied des Arbeiterausschusses ist, schreibt nach dem "Neuen Münchener Tagblatt" darüber folgendes:

"Wenn wir von Arbeiterausschüssen hören, so stellen wir uns eine soziale Einrichtung vor, eine aus der Wahl der Arbeiter hervorgegangene Körperschaft, der das Recht eingeräumt ist, in Fragen wirtschaftlicher und materieller Art mitzureden, eventuell Unträge, Bitten und Beschwerden vorzubringen. Man ist versucht, daß dieses Recht statutarisch festgelegt ist, anzunehmen, daß alles in schönster Ordnung sei. Unterzieht man aber die Arbeiterausschüsse einer näheren Besichtigung in ihrer Praxis, so bleibt von der ganzen Aussstattung nur so viel, daß sie ein Barometer sind auf dem Papier oder anlässlich einer Inspektion. Tritt aber der Arbeiterausschuß für die Arbeiterschaft ein, so erzielt er in den meisten Fällen nichts, hat zu befürchten, daß er von den Verwaltungen ignoriert wird und ebenso noch Vorwürfe der Arbeitern erhält.

Der Kollege schildert dann des näheren die Rechte oder Nichtrechte des Arbeiterausschusses der fabr. Gewehrfabrik Umburg. Was dieser Arbeiter vorbringt, hat die Mehrzahl der Arbeiter in Staatsbetrieben längst schon eingesehen, nämlich, daß Arbeiterausschüsse, hinter denen nicht eine gut organisierte Arbeiterschaft steht, in Ausübung ihrer Rechte nie etwas erreichen wird. Denn gerade die Organisationen sind es, welche die Arbeiter zum Standesbewußtsein und zu einem zielbewußten Arbeiten erziehen; wenn die Arbeiter der Gewehrfabrik einer richtigen Organisation angehören, so würde es nie möglich sein, daß Mitglieder des Arbeiterausschusses bei dem geringsten Anlaß zusammenrücken und dann den Kollegen in den Rücken fallen.

Die Arbeiter der Gewehrfabrik hätten also besser getan, sich in einem richtigen Verband zusammenzuschließen, als in einem Verbändchen anzugehören, das zwar über die christlichen Arbeiterabgeordneten schimpfen kann, aber unfähig ist, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, was die lebigen Verhältnisse in der Gewehrfabrik deutlich genug beweisen. Wollen sich diese Arbeiter für die Zukunft vor Schaden hüten, so müssen sie das Verzäumte nachholen und Mann für Mann für Mann der christlichen Gewerkschaft beitreten; dann wird auch ihr Arbeiterausschuß bei Ausübung seiner Rechte zur Gelbung dienen.

Das gleiche muß auch den Arbeitern aller übrigen Staatsbetriebe gesagt werden. Sie leiden unter denselben Missständen, wie die Arbeiter der Privatindustrie und haben infolgedessen die Organisation ebenso notwendig. Sie werden daher im ureigensten Interesse ihres wirtschaftlichen Fortschritts handeln, wenn sie die bisherige Gleichgültigkeit und alle Sonderbestrebungen beiseite legen und sich dem christl. Metallarbeiterverband anschließen.

Fulda. In letzter Zeit kam es auf dem heisigen Stanz- und Emailierwerk vor, daß von Seiten der Firma die angefesten Abordnungspreise nach eigenem Gutdünken eine Veränderung nach unten erfuhr. Dadurch wurde selbstredend das Einkommen vieler Arbeiter verkürzt. Dies war dann Verhandlungsgegenstand verschiedener Versammlungen, die von unserer Ortsverwaltung abgehalten wurden.

Am 7. und 8. April fanden zwei größere Versammlungen statt, zu denen der Bezirksleiter Scherer erschienen war, der in beiden Versammlungen das Referat erhielt. Er besprach die Abmachungen, wie sie seinerzeit und zuletzt 1907 mit dem Stanz- und Emailierwerk gegenständig getroffen wurden. Da nun von seiner Seite bis heute eine Veränderung hierin gewünscht wurde, so bestehen dieselben auch noch zu Recht und sind demnach auch nach heutiger Zeit gültig. Wenn nun trotzdem die Firma diese Abmachungen durchbrochen hat, so war das nur möglich durch das Verhalten der Arbeiterschaft selbst, die sich nicht um ihre Organisation kümmerte. Darum muß es zunächst Aufgabe sein, den Verband in jeder Weise auszubauen und zu stärken.

In der Diskussion stimmten alle Redner mit dem Bezirksleiter überein. Es wurden noch verschiedene Punkte angeführt und besprochen, die der Arbeiterschaft zeigten, wie nötig es ist, durch gemeinsamen Zusammenschluß in der Organisation sich einen Platz zu schaffen, mit dem auch die Firma rechnen muß. Die nachfolgende Resolution wurde eignützig angenommen und auch von den anwesenden Nichtorganisierten sofort praktisch beheizt. Über auch alle übrigen noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen sollten sich jetzt endlich aufzuraffen und dem christl. Metallarbeiterverband anschließen. Diese allein hat die Arbeiterschaft das Werk alle bis heute errungenen Verbesserungen in ihrem Dohn- und Arbeitsverhältnis zu danken. Es wird auch in der Zukunft, aber nur, wenn die Arbeiterschaft ernstlich will, auf der beschrittenen Bahn weiter arbeiten. Darum muß die Lösung sein: Hinein in den christl. Metallarbeiterverband. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

"Die heute am 7. und 8. April in den Sälen der Harmonie zu Fulda tagende gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen vom Fuldaer Stanz- und Emailierwerk erbricht in dem Bestreben der Firma des genannten Werkes, die Löhne zu ändern, wie solches in letzter Zeit geschehen ist, eine Durchbrechung der Abmachungen, die seinerzeit und besonders 1907 mit der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung getroffen wurden.

Versammlung kann es jedoch zweifelhaft nicht darum einverstanden erklären und erhebt dagegen Protest. Dagegen erwartet die Versammlung von der Firma, daß auch in der Zukunft diese Abmachungen streng eingehalten werden. Um aber derartigen Eintrittnahmen in Zukunft entgegentreten zu können, ist es nötig, daß die Arbeiterschaft zunächst ihre Organisation, den christl. Metallarbeiterverband immer mehr ausbaut und stärkt. Versammlung erwartet deshalb, daß die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem Verband unverzüglich anschließen und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln fördert und ausbaut.

Hamm i. W. (Zur Lage der Bediensteten.) Seit längerer Zeit gibt die Lage der Bediensteten Auszug zur Stütze. Niedrige Löhne, schlechte Behandlung, Nebenkosten, Überarbeiten, Sonntagsarbeit sind die immer wiederkehrenden Klagepunkte. Dabei kommt es häufig vor, daß einem Schmied, der im Monat 80 Schichten und mehr als 10 Stunden gemacht hat, am Tage der Lohnung mehrere Schichten fehlen. So auch einem Kollegen, der auf Seide "Magimilian" bei Hamm (der bayrischen Magimilianshütte gehörend) beschäftigt war. Bei der Sammlerhöhung fehlten ihm 2/4 Schicht, gleich 10 Mrl. Es wurde vorstellig bei allen Instanzen der Seide; leider ohne Erfolg. Hierzu wandte sich der Kollege an unser Bezirksbüro in Hamm (Westf.). Dieses setzte sich mit dem Verwalter der Seide "Magimilian", Herrn Baumeister, in Verbindung. Herr Baumeister meinte ganz faltblattig: Wenn der Mann meint, es sei ihm Unrecht geschehen, so mag er zum Berg gewerberichtet gehen.

Das ist der tristeste Herzenspunkt. Unser Kollege ging aber nicht sofort zum Berggericht, sondern schrieb dem Herrn Baumeister einen Brief. Darauf wurden ihm die fehlenden 10 Mrl. ausbezahlt. Offenbar wurde ihm die Arbeit geführt. Also, wenn ein Arbeiter sein Recht sucht, für geleistete Arbeit seinen Dohn verlangt, wird er höchst gemacht. Was tut denn Herr Baumeister?

jagen, wenn eine Handelsfirma, die von „Maximilian“ Wohlen besteht, die Wohlen nicht zahlen will, nachdem sie aber gesagt, „Maximilian“ die Kundschaft entzieht? Um bürgerliches Leben braucht man dafür einen recht jungen Ausdruck.

Scheiden schmiebe, aufgewacht! Werk ist nicht, woher der Wind weht? Hinlein in den christlichen Metallarbeiterverband. Nur der kann eure Lage bessern. Einet für alle, alle für einen!

Stuttgart. In den Kreisen der christlich gesinnten Arbeiter Stuttgarts wurde in den letzten Jahren des öfteren über das Städtische Arbeitsamt gestritten. Der Hauptgründ liegt darin, daß die Beamten des Städtischen Arbeitsamtes die Reise- und Arbeitslosunterstützung auf dem Arbeitsamt für die sozialdemokratischen Gewerkschaften auszahlen. Die christliche Arbeiterschaft erwidert darin mit Recht einen Widerstand gegen die Parität, welche auf einem Städt. Arbeitsamt gewahrt werden muß. Daß die Klagen der christlichen Arbeiter nicht unberechtigte sind, geht auch daraus hervor, daß vor einiger Zeit ein christlicher Arbeiter, der Arbeit suchen wollte, auf dem Städt. Arbeitsamt von rot organisierten Arbeitern mit Schimpfnamen, wie Streitbrecher usw., belästigt wurde. Wuchs sich die Zufriede, daß ein führender Genosse in Stuttgart sich einem christlichen Arbeiter gegenüber befand, der sich „das Städt. Arbeitsamt sei ihr bestes Agitationsmittel“, Veranschaffung genug mit gesundem Misstrauen auf das Städtische Arbeitsamt zu sehen. Am Montag, 5. April, 1909 fand in Stuttgart eine große allgemeine christliche Arbeiterversammlung statt, in welcher die Mißstände am Städt. Arbeitsamt zur Sprache kamen, und die folgende Resolution annahm:

„Die heutige gut besuchte Versammlung der christlich-national gesinnten Arbeiterschaft Groß-Stuttgarts dankt dem Abgeordneten Andre für seinen Hinweis in der Finanzkommission der Zweiten Kammer auf die die Neutralität des Städt. Arbeitsamtes in Stuttgart verlebende Ausschaltung der Reise- und Arbeitslosunterstützung an die Mitglieder verschiedener freier Gewerkschaftsorganisationen.

Die Versammlung stellt erneut fest, daß schon seit Jahren wiederholt Klagen christlicher Arbeiter über Mißstände beim Städt. Arbeitsamt den Vorständen der Ortsgruppen und den Kartellbevollmächtigten zur Kenntnis getragen sind. Nichtsdestoweniger muß es die Versammlung nach reiflicher Beratung aufs bestimmteste ablehnen, die Namen jener christlichen Arbeiter, welche Beschwerden vorgetragen haben und die zum Teil nicht mehr in Stuttgart in Arbeit stehen, zu nennen, weil diese dann, wie diverse Fälle beweisen, dem Stumpflosen Terrorismus sozialistischer Gewerkschaftler ausgesetzt würden.

Da Beamte des Städt. Arbeitsamtes vor ihrer Organisationen gesetzlich in den sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen tätig waren, hält es die Versammlung mit den Aufgaben der jetzt städtischen Angestellten nicht vereinbar, einer bestimmten Organisationstreue in der deutschen Arbeiterbewegung durch die Ausschaltung der Unterstützungen zu dienen, weil die sozialdemokratischen gleichwie die christlichen Gewerkschaften von ihren Sekretariaten und sonstigen Vertretern leuten die Unterstützungen auszahlen lassen können.

Durch die Ausschaltung der Unterstützungen über die Beamten eine genaue Kontrolle über Organisationszugehörigkeit des stellvorschenden Arbeiters aus. In dieser Kontrolle liegt auch die Gefahr für eine gewisse Bevorzugung der das Städt. Arbeitsamt in Anspruch nehmenden Mitglieder der verschiedenen Organisationseinrichtungen und hält daher die Versammlung den jetzigen Zustand für verbessерungsbedürftig.“

Hoffentlich wird nun die Stuttgarter Stadtverwaltung geeignete Maßnahmen ergreifen, um Siemebur zu schaffen. Die christlichen Arbeiter Stuttgarts aber sollten sich viel zahlreicher wie bisher unter der Fahne der christl. Gewerkschaften sammeln, damit sie nachdrücklicher allen Übergriffen entgegentreten können.

Soziales.

Die Post als Vermittlungsstelle in der sozialen Versicherung.

In der Unfallversicherung und in der Alters- und Invaliditätsversicherung werden im Deutschen Reich auch die Postverwaltungen mit gut Verwaltungstätigkeit herangezogen. In den Postämtern werden die Marken für die Alters- und Invaliditätsversicherung verkauft und ebenso werden auch Dienste ausgeschüttet. Entsprechend dem großen Personenanteile der Unfall- und Invaliditätsversicherung hat natürlich auch die Post als Vermittlungsstelle der sozialen Versicherung eine große Tätigkeit neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Verkehrsanstalt. Ein gutes Bild über die Entwicklung der Reichspost für der sozialen Versicherung gibt uns die Poststatistik über das Jahr 1907, die jedoch zusammengefaßt worden ist.

Danach sind in den Reichspostämtern 1907 verkauft worden 472 Millionen Stück Versicherungsmarken im Wert von 148,5 Millionen Mark. Die Auszahlungen für die soziale Versicherung, die vor der Post vorwiegend ge macht wurden, betrugen im gleichen Jahre 260 Millionen Mark. Annähernd die Hälfte davon, nämlich 128,5 Millionen entfallen auf Unfallschädigungen; die für Invalidenrenten ausgeschüttete Summe stellt sich auf 106,5 Millionen und ferner wurden von den Soldaten ausgeschüttet 15,5 Millionen Altersrenten, 8 Millionen Beitragserstattungen und 3 Millionen Rentenentnahmen. Diese Summen wurden abgeführt an mehr als 200 000 Personen und zu mehr als 17 Millionen eingehalten.

Alkoholmissbrauch und Sterblichkeitserhöhung

Seit verschieden Jahren macht der Direktor des Städt.

Konsums auf die Sterblichkeit. Diese Beobachtungen haben immer wieder gelehrt, daß bei Personen, die viel Alkohol konsumieren, Krankheiten stets einen viel ernsteren Verlauf nehmen als bei anderen Personen, die nur wenig und nicht gewohnheitsmäßig alkoholische Getränke zu sich nehmen. Die Krankheiten traten bei starken Alkoholtrinkern nicht nur viel schwerer auf, sie dauern auch immer länger, lassen ernstere Folgen zurück, erschweren die Genesung und führen viel häufiger zum Tode.

Bei allen Krankheitarten, die der ärztliche Direktor des Krankenhauses beobachtet hat, ergab sich bei den starken Alkoholtrinkern eine wesentlich höhere Sterblichkeit als bei anderen Patienten. Insbesondere die außerordentlich hohe Zahl der an Lungenerkrankung verstorbene führt der Arzt auf den Alkoholmissbrauch zurück. Aber auch bei den verschiedensten anderen Krankheiten der Innernorgane mußte beobachtet werden, daß Leute, die vorher viel Alkohol konsumiert haben, in geringerem Umfange widerstandsfähig sind.

„Nach Feierabend“.

Zu dem in der vorletzten Nummer unseres Verbandsorgans gemeldeten Vorgehen der badischen Bergarbeiter betreffs die Ausschaltung von Attesten bei Unfällen solcher Patienten, die auf die Zeitschrift „Nach Feierabend“ abonniert, dürfte es interessant sein, zu erfahren, was der sehr wahrscheinliche Grund bezüglich der Ursache zu der Verweigerung der bisher bereitwilligst ausgestellten Atteste ist.

Von sehr geschätzter Seite wurde uns nämlich ein von autoritativer sachverständiger Seite stammendes im Jahre 1906 abgegebenes Gutachten übermittelt. Wegen seines das Unternehmen des „Feierabend“ in bedenklichem Lichte zeigenden Inhaltes sei das Gutachten hier in Wahrheit wiedergegeben und den Arbeitern allerwärts zum Studium empfohlen:

Gutachten

über das mit der Zeitschrift „Nach Feierabend“ verbundene Versicherungsverhältnis zwischen dem Verlag von Bernhard Mayer in Leipzig und den Abonnenten obiger Zeitschrift (gegeben am 21. November 1906).

Der Abonnent des Blattes „Nach Feierabend“ zahlt wöchentlich 20 Pf., also im Jahr 10,40 M. Hierdurch gibt der Verleger (Besitzer) einen gewissen unbekannten Betrag für die Unfallversicherung an die Nürnberger Lebensversicherungsgesellschaft ab, die dafür das Unfallrisiko trägt, allerdings nur so lange, als sie den Vertrag mit dem Zeitschriftenverleger nicht rücktut. Die Unfallversicherung umfaßt übrigens nur den Unfall mit nachfolgendem Tod oder ganzer oder teilweise dauernder Erwerbsunfähigkeit (Invalide), nicht aber den doch am häufigsten vorkommenden Unfall mit nachfolgender vorübergehender Arbeitsunfähigkeit.

Diese Unfallversicherung wird von dem Zeitungsunternehmen gleichsam vollkommen bei der Nürnberger Unfall rückgedeckt oder das Zeitungsunternehmen ist gleichsam eine Agentur der Bank. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Unfallschäden satzungsgemäß durch die Nürnberger Bank zur Erfledigung kommen. Ob diese Bank (Aktienkapital 5 Millionen Mark) auf ihre Rechnung kommen wird, scheint mir mehr als unwahrscheinlich, sodass zu erwarten steht, daß im Laufe des Jahres die Bank höhere Prämien verlangen wird von dem Zeitungsunternehmen, sodass die Wochenbeiträge für die Zeitung erhöht werden müssen, oder aber die Bank den Vertrag kündigen wird.

Es wäre ja möglich, daß das Geschäft keine allzu großen Schäden bringen wird, ich glaube es aber nicht. Was dagegen die Sterbegeldgewährung betrifft, so hat damit die Nürnberger Bank nichts zu tun, das ist ein privates Unternehmen des Herrn Bernhard Mayer und soll ein Geschenk sein.

Es ist also keine Versicherung im Sinne des Versicherungs- oder Rücksichtsgesetzes und ist daher jedem, der sich tatsächlich versichern will, der also seinen Unterbliebenen einen Antrag auf ein bestimmtes Sterbegeld erläutern will, zu raten, dies bei einer soliden Sterbekasse, die unter der

Aut. 884 und 9 will ich nicht näher eingehen, die sprechen für sich selbst, daß der Herr Mayer die Versicherungsbedingungen so auslegen kann, wie er es für gut findet, ist selbstverständlich, da die ganze Einrichtung eine freiwillige ist. Werde ihm wichtig zu verstehen, so läßt er sofort sein Blatt eingehen, womit er dann ohne jede Verbindlichkeit besteht. Seiner ist es nicht möglich, daß Zeitungsunternehmen hinsichtlich dieser geschenktweise, freiwilligen Sterbegeldgewährung als privates Versicherungsunternehmen zu setzen und unter Aufsicht des Staates zu bekommen, um die Sterbegeldgewährung zu einer Sterbegeldversicherung mit richtigen Prämien, mit Rücklage als Reservenreserve umzuwandeln zu können.

Das Reichsgericht hat in einem Falle entschieden, daß bestimmte Abonnementeverträge keine Rücksicht begreifen würden, da ein auflösungspflichtiges Unternehmen nach § 1 des Gesetzes den Vertrag von Versicherungsgefäßen zum Gegenstand haben müssen, während hier tatsächlich nur der Versicherungsvertrag beachtet sei und die Übernahme der Abonnementversicherung nur als Nebenabrede zu gelten habe.

Dass die Versicherung selbst von Abonnementen benötigt wird, ist ja klar. Mir persönlich ist es aber außerdem nicht klar, wie ein Versicherungsunternehmen wie die Nürnberger Bank sich in Verbindung mit einem Zeitungsunternehmen setzen kann, nachdem allgemein in Rechtsreisen im Interesse der (solchen) Versicherung an sich es begrüßt würde, wenn sich keine Gesellschaft für diese Abonnementversicherung hergäbe.

Sowohl das Gutachten eines Fachmannes, das allen Arbeitern doch endlich die Augen öffnen sollte.

Literarisches.

„Die gelben Gewerkschaften“. Von Max Woerner, Chefredakteur des „Nächsten Volksfreundes“. 24 Seiten, Preis 10 Pf.; im Selbstverlage des Verfassers. — Das Schriftchen zeichnet kurz aber treffend das Leben und den arbeiterfördernden Charakter der gelben Bewegung. Es ist bestimmt für den Tages-Kritik und Kämpfe im Geiste mit einem mehr oder minder beredten Gegner. Der billige Preis ermöglicht eine Massenverteilung namentlich in kleinen Dörfern, in denen die Gelben bereits bestreift sind, aber die Arbeiterschaft noch wenig über diese Bewegung aufgeklärt ist. — Der Verfasser des Schriftchens ist ein warmer Freund der christlichen Gewerkschaften und bei der Arbeiterschaft früher schon bekannt geworden durch seinen „Arbeiter-Katechismus“.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewußter Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Dortmund-Una. Sonntag, den 26. April, vormittags 11½ Uhr, Versammlung im evangelischen Vereinshaus, Bismarckstraße.

Duisburg I. Samstag, den 24. April, abends 8½ Uhr, bei Kippers, Wanheimerstraße 61.

Ellenach. Samstag, den 8. Mai, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Old.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wallney, Altenessenstraße. Referent Kollege Leupke.

Essen-Stadt. Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Krohnhauserstr. 19.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 25. April, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Bösch, Segerothstraße.

Essen-Vorge-Borbeck. Samstag, den 24. April, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Geschermann (völker Klein) Bahnhofstraße. Referent Kollege Leupke.

Essen (Kleingewerbe). Schlosser, Schmiede, Klempner. Samstag, den 24. April, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Krohnhauserstr. 19.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Buchner, Hobelsenstr.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Esser, Hammerstraße.

Essen-Bottrop. Die Mitglieder-Versammlung findet nicht am 25. April, sondern am 2. Mai, nachmittags 3½ Uhr im Lokale Troxemann, Essenerstraße statt. Die Kollegen von Dettwig werden gebeten, an obiger Versammlung teilzunehmen.

Essen-Nordost. Sonntag, den 2. Mai, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Eiskeller, Neustraße.

Essen-Borbeck-Schönebeck. Mittwoch, den 5. Mai, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Hausmann, Ehenerstr. Referent: Kollege Leupke.

Essen (Elektromontenre). Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“ Steelerstraße.

Euskirchen. Die Unterstützungen werden beim Kollegen Rusterbach, Unterwall 25 in der Zeit von 12—2 Uhr, auch an Sonnabend, ausbezahlt.

Frankfurt a. M. Freitag, den 7. Mai, abends 6 Uhr, findet bei Christen kombinierte Versammlung aller auswärtig mohnenden Kollegen statt. Thema: Die bevorstehende Gewerbegerichtswahl.

Frankenthal (Pfalz). Dienstag, den 20. April, 1909 in Frankenthal Mitglieder-Versammlung bei Union Graf. Wünsche und Anträge zur Bezirkstafotenz. Wahl der Delegierten.

Am Sonntag, den 25. April, gemeinsame Versammlung im Saale von Andreas Bauer (zum Deutschen Haus in Nögelsheim). Tagesordnung: Vortrag: „Die Bedeutung der Tarifverträge“. Referent: Kollege Peter Old, Frankenthal.

Gelsenkirchen-Hüllsen. Sonntag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Nachbarschule.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 25. April, vormittags 10½ Uhr, Versammlung bei Ulasius.

Gelsenkirchen-Hordel. Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schulz (Rühlenstraße). Die Kollegen von Röhlinghausen sind zu dieser Versammlung mit eingeladen.

Geisweid. Samstag, den 24. April, abends 8 Uhr, findet unsere Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Schäfer statt.

Taunus. Sonntag, den 9. Mai, vormittags 10½ Uhr im lath. Vereinshaus, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Schümmer, Rottwisch.

Rangelshausen. Sonntag, den 25. April, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Winkelmann.

Neviges. Am Samstag, den 24. April, abends 1½ Uhr, Versammlung bei Johann Espa, Wilhelmstraße. Referent: Bezirksleiter Peter Broch, Düsseldorf.

Oker. Samstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr findet unsere Versammlung statt. 1. Bericht der Delegierten von der Bezirkstafotenz in Lautenthal. 2. Vortrag.

Offenbach. Nächste Versammlung mit wichtiger Tagesordnung betreffs „Arbeitslohnfürsorge in Offenbach“, findet Mittwoch, den 28. April abends 9 Uhr statt.

Schweidnitz. Sonnabend, den 8. Mai, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Schümmer, Rottwisch. Anfang 8 Uhr.

Ober-Schöneweide. Sonnabend, den 1. Mai, abends 8 Uhr bei Oetig, Wattstraße 16 Monats-Versammlung. Referent Kollege Bruno Stransfeld.

Siegburg. Sonntag, den 25. April, morgens 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Stammlokal Minoriten.

Salzbach. Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schall.

Thale a. S. Sonntag, den 25. April, abends 8 Uhr, im „Brauen Hirsch“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag des Herrn Rector Büchmann über die Alkoholfrage. Die Frauen der Mitglieder sind freundlich eingeladen.

Würselen. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht am 3. Sonntag, sondern am 4. Sonntag, den 25. April, morgens 11 Uhr bei Schümmer an der Kirche, statt.